



DEM DEUTSCHEN VOLKE

STATUS QUO 06/2024

20. Wahlperiode 2021-2025



Carolin Bachmann
Für Mittelsachsen im Bundestag

Lieber Bürger, Freunde und Sympathisanten

seit über 2,5 Jahren darf ich Sie und Ihre Interessen im Deutschen Bundestag vertreten. Auge in Auge zu denen die unser Land, unsere Wirtschaftskraft und unser Volk abwirtschaften sind Krafräuber und Motivator zu gleich. Wir sind als einzig wahre Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag ein ehrliches und starkes Korrektiv zu den Plattitüden und Verdrehungen der Altparteien.

Diese fürchten Machtverlust und so bedrohlich die Eskalation der Altparteien gegen die friedliche Opposition und die Ordnung in Deutschland auch ist, sie wirkt zugleich ermutigend. Ermutigend für mich, meine bisherige erfolgreiche Arbeit in Ihrem Sinne weiterzuführen und für unsere gemeinsame Heimat zu kämpfen. Gern möchte ich Ihnen hier einen Einblick in meine bisherige Arbeit geben und Ihnen derweil versichern, dass trotz stetig steigendem Gegenwind meine Kraft und meine Liebe für Volk und Heimat ungebrochen sind und sich dies auch weiterhin in meiner Arbeit widerspiegeln wird.

In diesem Sinne

Ihre Carolin Bachmann

Für Mittelsachsen im Bundestag



Inhalt

| | |
|--|----|
| <i>Bauen und Wohnen</i> | 4 |
| <i>Energie und Klima</i> | 12 |
| <i>Gesundheit</i> | 30 |
| <i>Migration</i> | 32 |
| <i>Das wichtige Amt eines Schriftführers</i> | 42 |
| <i>Kampagnen</i> | 44 |
| <i>Bundestagswahlkreis 161 Mittelsachsen</i> | 46 |
| <i>Persönliche Einblicke</i> | 62 |
| <i>Meine Arbeit in Zahlen</i> | 65 |
| <i>Kontakt</i> | 66 |
| <i>Notizen</i> | 71 |

Bauen und Wohnen

Für bezahlbares Wohnen und Wohneigentumsförderung.



Interfraktionelles baupolitisches Treffen, Dresden Mai 2023

Meine Anträge

Mehr Wohnungsmarkt wagen – Keine Ausweitung der Vorkaufspraxis in Milieuschutzgebieten (Drs.-Nr. 20/2362)

- ✓ Gegen den Antrag der Linken: kein Milieu-Schutz für linke Wohnprojekte
- ✓ Freiheit und soziale Marktwirtschaft stärken
- ✓ bezahlbarer Wohnraum für alle



Entschließungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drs.-Nr. 20/5663)

- ✓ den Gesetzentwurf der Ampel lehnen wir ab, da er eine zum Scheitern verurteilte Energiewende und eine verfehlte Zuwanderungspolitik unterstützt
- ✓ keine Ausnahmen und Befreiungen von Vorgaben des Baugesetzbuches für die Unterbringung von Flüchtlingen und für den Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien



Meine Kleinen Anfragen

Fördermittel für Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raumes

Drs.-Nr. 20/2044 & 20/2282

Frage:

Welche Fördersummen zur Entwicklung des ländlichen Raumes wurden seit 2014 jährlich an die Länder, durch den Bund, ausgezahlt?

Antwort:

Der Bund unterstütze die Länder über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) bei Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Räume.

Die Bundesregierung verweist vor allem auf EU-Töpfe: Der „Europäische Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) sei das zentrale wirtschaftspolitische Instrument zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur.

Der Fokus liege auf Investitionen in Forschung und Innovation, die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und den Klimaschutz. Hier flossen laut Bundesregierung rund 11 Milliarden Euro (EFRE).



FAZIT:

Die Bundesregierung versteckt sich hinter der EU.
11 Milliarden Euro für den ländlichen Raum (EFRE) sind viel zu wenig!
Allein die Kosten für die Migration liegen bei jährlich fast 50 Milliarden Euro!

AfD

Wir fordern die Fördermittel für bedarfsgerechte Entwicklung des ländlichen Raumes zu erhöhen!

Statistische Erhebungen im Baugewerbe

Drs.-Nr. 20/2880 & 20/3035

Frage:

Welche statistischen Erhebungen im Baugewerbe gibt es und kostet diese teilweise überflüssige und zeitraubende Bürokratie die Unternehmen, auch bei uns in Sachsen?

Antwort:

Aktuell sind schon fast 1/5 aller Unternehmen von amtlichen Meldeverpflichtungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder betroffen: Tendenz steigend!

Die Belastung der Unternehmen durch die rund **150 amtlichen Statistikpflichten** beträgt ca. **316 Mio. Euro pro Jahr!** Im Zusammenhang mit dem **Baugewerbe** existieren **neun (!) amtliche Statistiken**. Zusammen bewirken diese jährliche Bürokratiekosten in Höhe von rund **10,2 Mio. Euro, allein für das Baugewerbe!**



FAZIT:

Die Ampel belastet Unternehmen und auch das Baugewerbe mit viel zu hohen Bürokratiekosten!

AfD

Wir fordern Bürokratie und amtliche Statistikpflichten zu senken, um die damit in Zusammenhang stehenden ausufernden Belastungen unserer Unternehmen zu minimieren!



Linke schaffen sozialistische Bruchbuden!

Linke sehen in Investoren grundsätzlich den geldgierigen Immobilienhai und wollen die Ausübung des Vorkaufsrechts durch Kommunen bereits bei **Verdacht** auf erhaltungswidrige Nutzungsabsicht einführen, obwohl bereits Rechtssicherheit per Urteil des Bundesverwaltungsgerichts besteht.

Der Antrag der Linken offenbart das gestörte Verhältnis zur Rechtsprechung und damit zum Rechtsstaat.

Drs.-Nr. 20/236 - Antrag der Linken zur Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten

HIER
geht's direkt
zur Rede →



Der Wunsch nach sozialistischen Verhältnissen ist deren Antrieb!

Wieder bringt die Linke das Thema „Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten“ ins Plenum. Milieuschutz ist jedoch kein Mieterschutz, sondern nur Klientenschutz. Kommunales Vorkaufsrecht bedeutet, dass Wohnungsbaugesellschaften mit viel Steuergeld teure Bestandswohnungen aufkaufen. Sanierungen derer z.B. durch Investoren, werden so verhindert und der Bestand verfällt nach und nach. Diese "Schein-soziale-Idee" trifft wieder den Steuerzahler und ändert an der Wohnungsnot nichts.

Drs.-Nr. 20/679 - Gesetzentwurf der Linken zur Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten

HIER
geht's direkt
zur Rede →





Wohnraum wird dann bezahlbar, wenn die Bundesregierung endlich Politik für das eigene Land macht!

Ein weiteres Mal muss sich der Bundestag mit dem sozialistischen Wunsch der Linken, der "Wiederherstellung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten", befassen. Diesmal in Form eines Gesetzentwurfes. Dieses "Vorkaufsrecht" verfehlt das Ziel des bezahlbaren Wohnraums. Die wahren Ursachen für steigende Wohnkosten sind die Inflation durch falsche Währungspolitik, Kostenexplosion durch grün-ideologisierte Energiepolitik, einhergehend mit naiver Sanktionspolitik sowie aus allen Nähten platzende Ballungsräume, durch desaströse Einwanderungspolitik. Diese Kostentreiber führen zu unbezahlbarem Wohnraum. Nur eine entsprechende Politikwende schafft hier Abhilfe!

Drs.-Nr. 20/679 - Gesetzentwurf zur Wiederherstellung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten (Neues Vorkaufsrecht-Gesetz)

HIER geht's direkt zur Rede 




Bauen und Wohnen wird für immer mehr Menschen zum Problem!

Bauen und Wohnen wird für immer mehr Menschen unbezahlbar. Die städtische Wohnungsnot, ein vernachlässigter ländlicher Raum sowie die Überfüllung mit Flüchtlingen und eine falsche Wertschöpfungskette, sind nur einige Bausteine der Misere. Das Versprechen der Ampel, ausreichend Wohnraum zu schaffen, wird nicht gehalten. Eine enorme Steuer- und Abgabenlast, CO2 Abgaben, Dämmwahn und Gebäudeenergieverordnung treiben die Preise weiter hoch! Die reine Aufstockung des Haushaltsplans der Regierung löst die Ursprungsprobleme nicht, sondern geht am konkreten Bedarf vorbei. Es gilt die großstadtfokussierte Wohnungspolitik zu reformieren, sich einen Überblick über Leerstand zu verschaffen, Sanierungsprogramme aufzulegen und den ländlichen Raum infrastrukturell wieder attraktiv zu machen. (Haushalt/Einzelplan 25/BMWSB)

HIER geht's direkt zur Rede 





Beteiligung und Beschleunigung sind nur Phrasen der Ampel!

Mit dem eingebrachten Gesetzentwurf der Ampel werden Phrasen, wie bessere Beteiligung an Planungsverfahren und deren Beschleunigung, hauptsächlich für die grün - ideologischen Windprojekte missbraucht. Bürgerrechte werden ausgehebelt, denn digitale Beteiligungen bei Stellungnahmen zu Bauleitplanverfahren werden zur Regel, die Papierform einem Bedarf unterstellt, wobei dieser Bedarf nicht genau definiert wird. Auch die unbestimmte Formulierung bezüglich der Einbindung des Internets, bei der Veröffentlichung von Plänen, ist problembehaftet. Länderportale und Internetseiten der Kommunen sind uneinheitlich und taugen nicht für ein Regelverfahren!



Bauen unmöglich mit der Öko - Bilanzierung von Gebäuden, noch vor dem ersten Spatenstich!

Einmal mehr zeigt die Ampel ihre klimaideologische Verblendung. Der Wahn eines CO2-neutralen Bauens, zu belegen über die Erstellung sogenannter Ökobilanzen, welche z.B. vom Abbau zu verwendender Rohstoffe, über deren Verarbeitung, Lieferung bis hin zur letztlichen Endverwertung gehen, könnte kaum illusorischer sein. Noch deutlicher zeigt sich dies bei der Anforderung dieser Öko-Bilanzierung bezüglich der Nutzungsdauer z.B. eines Hauses, dessen Abriss und dessen Recyclings. Mit dieser Öko-Bilanzierung wird es in Deutschland keinen ersten Spatenstich mehr geben! Wer nachhaltig bauen will, sollte stabil und auf Langfristigkeit angelegt bauen sowie mit bewährten Materialien und keinen unrecyclebaren Sondermüll an Fassaden kleben und auf Dächer schrauben.





Intervention:

Regierung regiert an Bürgern vorbei!

Die Antwort auf meine Frage an Staatssekretär Bartol (Bauministerium), wann man endlich beginne die realen Probleme der Bürger in den Blick zu nehmen, um der Wohnungsnot in den Städten mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen, hätte man kaum in Überheblichkeit und Ignoranz, den Bürgern gegenüber, übertreffen können.

Meine Kollegen und ich bleiben dabei: "Abschieben schafft Wohnraum!"

HIER
geht's direkt
zur Rede →



Deutsches Bauen statt Klimawahn und Remigration

Der Bundeshaushalt und auch hier im speziellen der Haushalt des neu gegründeten Bauministeriums ist voller ideologisch begründeter und unnötiger Klimawahn- und Umverteilungsausgaben.

Die Regierung verteilt Geld in alle Welt und ideologische Transformationsprojekte, als gäbe es kein Morgen mehr, während bei den Deutschen gekürzt wird und die Bürger sich Wohnen und gutes Leben, ohne staatliche Hilfen, kaum mehr leisten können.

Ohne diese Ausgaben, hätten wir genug Geld für eigene Interessen. Mit einer AfD in Regierungsverantwortung werden wir die begangenen Fehler korrigieren und dafür sorgen, dass der fleißige Bürger wieder eine gute Gegenleistung für sein hart erarbeitetes Steuergeld erhält.

HIER
geht's direkt
zur Rede →



Energie und Klima

Für eine sichere Energieversorgung und eine solide Infrastruktur.

WÄRMEWENDE STOPPEN!

**sichere , lückenlose und bezahlbare
Energieversorgung gewährleisten**

Meine Anträge

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften (Drs.-Nr. 20/5842)

- Entschließungsantrag gegen ein verfehltes Raumordnungs-Gesetz der Ampel
- Zurückstellung von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten zugunsten des Ausbaus erneuerbarer Energien (Windenergie) lehnen wir ab



Wärmewende stoppen – Die sichere, lückenlose und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten (Drs.-Nr. 20/7356)

- konzeptionslose Wärmewende stoppen und stattdessen die Wahl zwischen verschiedenen Heizungssystemen dem Bürger überlassen
- sichere, verlässliche und kostengünstige Stromversorgung durch eine Ausweitung des Angebots unter Einbeziehung von Kohle- und Kernenergie
- sämtliche Fördermaßnahmen sogenannter Erneuerbarer Energien sowie deren Privilegierung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) einstellen
- bei allen energetischen Maßnahmen den Schutz des Eigentums im Sinne von Art.14 Grundgesetz hinreichend berücksichtigen



Meine Kleinen Anfragen

Sichere Gasversorgung – Kosten der Substitution russischen Gases

Drs.-Nr. 20/1814 & 20/2123 (Mai 2022)

Frage:

Aus welchen Ländern und zu welchem Preis wurde in den Jahren 2014 bis 2021 Gas nach Deutschland importiert, inklusive der Daten des Imports aus Russland?

Antwort:

Die Bundesregierung teilte mit, dass **ihr selber keinerlei Daten für die Erdgaseinfuhren vorlägen**, verwies mich aber auf Daten des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. Die äußerst geringen Daten dieses Bundesamtes waren allerdings mit einem Datenschutzvermerk versehen und daher unvollständig.

Die erfolgte **Preisfrage** beantwortete die Bundesregierung mit der Aussage, dass ihr **keine Informationen über die in privatrechtlichen Lieferverträgen vereinbarten Erdgaspreise vorlägen**.



Sichere Gasversorgung – Kosten der Substitution russischen Gases

Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung vom Mai 2022

Drs.-Nr. 20/3625 & 20/4194 (September 2022)

Frage:

Einige Monate später erfolgt meine Nachfrage angesichts der Antwort vom Mai 2022 und in Anbetracht der seitdem weiter verschärften Krise in der Gasversorgung!

Antwort:

Die Bundesregierung teilt erneut mit, **dass sie auch weiterhin diesbezüglich weder Daten erfasst noch vor hat Daten zum deutschen Gasimport und dessen Preisgestaltung zu erheben**. Lediglich ein Schätzwert wird für die Höhe der zu erwartenden Kosten (46 Milliarden Euro), die mit der Substituierung russischen Gases einhergehen, mitgeteilt. Außerdem lägen der Bundesregierung **keine Informationen über die Kosten für den Transport von LNG** aus den einzelnen Lieferregionen, im Vergleich zu Lieferungen von russischem Erdgas, vor.



Frage:

Wie hoch sind die Kosten für die Erstellung der erforderlichen **Infrastruktur für LNG Importe**?

Antwort:

Der Bundesregierung läge bisher **keine Gesamtschätzung der notwendigen Kosten für die Infrastruktur** vor, da diese an jedem Standort unterschiedlich sei und sich teilweise noch in der Phase der Projektierung befände.



FAZIT:

*Die Bundesregierung stürzt das Land in eine unfassbare **Energie-Notsituation**, ohne auch nur ansatzweise Kosten und Player am Markt umfassend zu kennen!
Wirtschaftlich ein absolutes Fiasko, für welches der Bürger aufkommen muss!*

AfD

Wir fordern sichere und bezahlbare Energie für deutsche Bürger und für unsere deutsche Industrie!

Angriff auf Nord Stream

Die AfD-Fraktion forderte dringend die Einsetzung eines **Untersuchungsausschusses „zum Angriff auf Nord Stream“**, um Tathergang und Hintergründen des größten Angriffs auf deutsche Infrastruktur, seit dem 2. Weltkrieg, auf den Grund zu gehen. Der dazu von uns vorgelegte Antrag (Drs.- Nr. 20/5989) wurde im Deutschen Bundestag am **15. März 2023** erstmals beraten und im weiteren parlamentarischen Verlauf, mit dem Verweis auf staatsanwaltliche Ermittlungen, **von allen anderen Parteien abgelehnt!**

Aber noch immer gilt es aufzuklären, wie und auf der Basis von welchen Erkenntnissen die Bundesregierung sich zu den Anschlägen vom 26. September 2022, auf die Nord-Stream-Erdgaspipelines in der Ostsee, verhalten hat.

Es geht dabei um relevante Informationen im Vorfeld der Anschläge, die Untersuchung des Tathergangs und der Urheberchaft und um deren Auswirkungen.

Die Mitwirkung des Bundeskanzleramts, des Bundesministeriums der Verteidigung, des Auswärtigen Amts, des Bundesministeriums der Justiz, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz und der ihnen nachgeordneten Behörden müssen beleuchtet werden.

Nicht nur Erkenntnisse zum konkreten Tathergang der Anschläge selbst müssen untersucht werden. Auch „sämtliche Maßnahmen fremder Staaten, deren Ziel es war, den Bau, die Finanzierung, die Inbetriebnahme und die Reparatur der Pipeline zu verhindern“ gilt es umgehend aufzudecken.





Hat die Bundesregierung Hinweise auf die drohenden Anschläge erhalten und welche Auswirkungen hatten diese auf ihr weiteres Handeln? Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Maßnahmen die Bundesregierung und die Bundesbehörden bislang getroffen haben, um den Angriff auf Nord Stream aufzuklären, vor allem, ob und durch wen der Tatort observiert wurde und ob Hinweise auf die Täterschaft des Anschlags durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel gewonnen werden konnten. Es ist ebenfalls die Frage zu klären, ob und inwiefern Maßnahmen der Bundesregierung notwendig sind, um eine ungehinderte Reparatur der Pipelines zu gewährleisten, sofern diese von der Betreibergesellschaft oder anderen, zum Zeitpunkt der Untersuchung verantwortlichen Akteuren, beabsichtigt ist.



Putin bietet angesichts der hohen Energiepreise in Deutschland mehr als einmal die Lieferung von Gas, über den intakten Strang der Ostseepipeline Nord Stream 2, an.

Man sei bereit 27 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr zu liefern, die Entscheidung läge jedoch bei Deutschland.

Die deutschlandzerstörende Regierung lehnt dieses Angebot wiederholt ab!



<https://www.zeit.de/news/2023-10/05/putin-bietet-gaslieferung-durch-nord-stream-an>

Meine Kleine Anfrage

Mögliche Erhöhung des CO₂ – Ausstoßes nach Abschaltung der letzten Kernkraftwerke am 15. April 2023

Drs.-Nr. 20/6832 & 20/7071

Frage:

In welcher Größenordnung wird sich nach Schätzung der Bundesregierung die stärkere Kohleverstromung sowie die Erzeugung von Strom aus Gaskraftwerken bewegen, um den Wegfall der Kernenergie zu kompensieren?

Antwort:

Der Stromerzeugungsmix würde von einer Vielzahl von Faktoren und komplexen Zusammenhängen (u. a. Brennstoff- und CO₂-Preise, europaweite Einspeisung aus erneuerbaren Energien, Entwicklung des Stromverbrauchs in Europa) abhängen. Somit könne auf Basis der der Bundesregierung **vorliegenden Informationen immer nur rückblickend festgestellt** werden, wie sich der tatsächliche jeweilige Erzeugungsmix eines Landes sowie die grenzüberschreitenden Stromflüsse entwickelt haben, **jedoch ohne daraus Rückschlüsse auf ein einzelnes Ereignis und auf kausale Zusammenhänge ziehen zu können.**



Frage:

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie sich diese **Kompensation von Kernkraft durch Kohle- und Gas-Verstromung** auf den **CO₂-Ausstoß** auswirken wird?

Antwort:

Die Antwort der Bundesregierung war, dass Atomkraftwerke in Deutschland vom 01. 01. 2023 bis 15. 04. 2023 insgesamt knapp 6,7 Terawattstunden Strom erzeugten, jedoch eine direkte Zuordnung dieser Strommenge zu etwaigen Emissionseinsparungen nicht möglich sei.





FAZIT:

Die **Bundesregierung** gängelt die Bürger mit einer „**CO2-Strafsteuer**“, während diese, bedingt durch politische Fehlentscheidungen, **vermehrt auf fossile Kraft- und Brennstoffe zurückgreift**. Auch dies ist ein Armutszeugnis sowie ein wirtschaftliches Fiasko, für welches der Bürger aufkommen muss!

AfD

Wir fordern das Beenden der Gängelung unserer Bürger und die Abschaffung der CO2-Abgabe!



EU stuft Kernkraft als klimaneutral und nachhaltig ein, während Deutschland im Alleingang aus der Kernkraft aussteigt. Da PV & Wind nicht reichen, wird Gas und Kohle wieder angefeuert!

Meine Einzelfragen

Kostenexplosion nach Kernkraftausstieg

Zahlungen für Stromimporte Deutschlands

September 2023 - Frage Nr. 9/145

Ich fragte die Bundesregierung, auf welche Summe sich die jeweiligen Zahlungen für Stromimporte Deutschlands an das jeweilige strom-exportierende Land (alle neun Nachbarländer Deutschlands sowie Norwegen und Schweden), für den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis einschließlich 15. April 2023 sowie vom 16. April 2023 bis einschließlich 31. August 2023, belaufen.

Die Bundesregierung teilte mir mit, dass deutsche Stromhändler im Winterzeitraum vom 01. Januar 2023 bis 15. April 2023 insgesamt 1,35 Milliarden Euro für erforderlichen Stromimport ausgaben. Für den Sommerzeitraum vom 16. April 2023 bis 31. August 2023, also nach Abschaltung der letzten 3 Kernkraftwerke, beliefen sich die Ausgaben deutscher Stromhändler für Stromimporte auf 2,64 Milliarden Euro!

+++ Pressemitteilung +++
Neue Züricher Zeitung greift auf...

Nach dem deutschen Atomausstieg explodieren die Kosten für Stromimporte

SKANDAL

Deutschland zahlt nach AKW Abschaltung Rekordsummen für Stromimporte

2,6 Mrd Euro von Mitte April bis August

Bachmann? fragt nach

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

AfD



HIER geht's zur Pressemitteilung



AKW - ABSCHALTUNG
DEUTSCHLAND 5 MONATE DANACH:

- STROMPREISE STEIGEN
- DEUTSCHER STROMIMPORT
- KASSENSCHLAGER DER FRANZOSEN

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

AfD



HIER geht's zum Facebook-Beitrag



Ergänzende Nachfrage

Dezember 2023 - Frage Nr. 12/281

Ich frage die Bundesregierung, auf welche Summe sich die jeweiligen Zahlungen für Stromimporte Deutschlands an das jeweilige strom-exportierende Land (alle neun Nachbarländer Deutschlands sowie Norwegen und Schweden), für den Zeitraum vom 1. September 2023 bis einschließlich 30. November 2023, belaufen.

Die Bundesregierung teilte mir mit, dass einer Summe von **555 Millionen Euro für Stromexporte**, die ungeheure Summe von **1,506 Milliarden Euro für Stromimporte** gegenübersteht und dies für **lediglich 91 Tage!**

Diese erläutert weiterhin: "... ohne Stromimporte hätte Deutschland den Strom in eigenen fossilen Kraftwerken zu höheren Kosten und mit höheren CO₂-Emissionen produzieren müssen. Die Mehrkosten hätten von den deutschen Verbraucherinnen und Verbrauchern in Form höherer Stromrechnungen getragen werden müssen. Der Stromhandel schafft somit Wohlfahrt..."

GRÜNE SPINNEREI SCHAFFT TEURE FAKTEN
KERNKRAFTAUSSTIEG FÜHRT ZU IMPORT-REKORD

EXPORT
555 Mio. €

IMPORT
1,5 Milliarden €

bachmann?!
Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

AfD

HIER
geht's zur
Pressemitteilung



AfD

Wir fordern die Wiederherstellung einer kostengünstigen, sicheren und souveränen Energieversorgung, betriebsfähige Kernkraftwerke zu reaktivieren und Kernenergie konsequent ausbauen. (Drs.-Nr. 20/9155)





Fazit:

Das Ergebnis meiner schriftlichen Einzelfragen ist ein Skandal. Eine „scheinbare“ Unabhängigkeit Deutschlands von fossilen Brennstoffen und von Kernenergie, transformierte uns auf direktem Weg in eine exorbitant teure Stromabhängigkeit unserer Nachbarländer.

Es bleibt bei der seit langem bestehenden AfD-Forderung:

Energie-/Wärmewende sofort beenden!

Die ideologisch getriebene Ampel-Regierung und die verantwortliche CDU/CSU, führt unser Deutschland, unsere Heimat, auf direktem Wege hinein in ein wirtschaftliches Fiasko. Die Deindustrialisierung ist im vollen Gange. Unternehmen wandern ab und jene die es noch nicht getan haben, spielen ebenfalls mit diesem Gedanken. Die Industrieflucht ist nicht mehr aufzuhalten, die Abwanderung, auch nach Osteuropa, ein Ergebnis der verfehlten Energiepolitik dieser Ampel-Regierung.

Die EU-Kommission senkt die Prognose für Deutschland und der Verband DIHK warnt vor der größten Krise seit 20 Jahren. Damit ist Deutschland in diesem Jahr erneut das Schlusslicht unter den 20 Euro-Staaten.

Auch für das kommende Jahr haben sich die Aussichten eingetrübt. Habe die Regierung bisher 1,5 Prozent Wachstum für 2025 erwartet, rechne sie im neuen Jahreswirtschaftsbericht nur noch mit 1,0 Prozent, hieß es in Regierungskreisen.

Der Weg heraus aus der Misere:

Wirtschaftsminister Habeck und die von ihm vorangetriebene Energiewende, muss gestoppt werden!

Latent autoritäre staatliche Projekte, wie das Heizungsgesetz, das durch Schulden finanziert wird und so nicht nur die Kosten für die ohnehin inflationsgeplagte Bevölkerung weiter nach oben treibt, sondern auch noch von kommenden Generationen finanziert werden muss, gilt es rückgängig zu machen!

Zurück zur Kernkraft, zurück zu Made in Germany!

DER DEUTSCHE ALLEINGANG – beim Ausstieg aus der Kernenergie

Als
Flyer erhältlich!

17
17 Kernkraftwerke in Deutschland sicher,
liefern zuverlässig und kostengünstigen Strom

1998: **SPD DIE GRÜNEN** → nach dem Wahlsieg wird der Ausstieg aus der Kernkraft als Ziel im Koalitionsvertrag festgeschrieben

2000: **SPD DIE GRÜNEN** → handelt mit der Energiewirtschaft den sogenannten "Kernkonsens" aus → Grundlagen für den Ausstieg aus der Kernenergie

2002: Bundestag beschließt das "Gesetz zur geordneten Beendigung der Kernenergienutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität", in dem erstmals der Ausstieg aus der Kernenergie entschieden wurde, für Kraftwerke wird eine Gesamtlaufzeit von rund 32 Jahren festgelegt

2010: **CDU CSU FDP** → Regellaufzeit für noch verbliebene 17 Anlagen wurde wieder verlängert

2011: **CDU CSU FDP** → Fukushima führt zur politischen WENDE
→ Bundestag beschließt 8 ältere Anlagen sofort vom Netz zu nehmen bzw. abzuschalten, für die übrigen neun Anlagen werden feste Daten zur schrittweisen Abschaltung bis Ende 2022 festgelegt

2015: ABGESCHALTET: AKW Grafenrheinfeld

2017: ABGESCHALTET: AKW Gundremmingen B

2019: ABGESCHALTET: AKW Philippsburg

2021: ABGESCHALTET: Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf

2022: **SPD DIE GRÜNEN FDP** → Bundestag beschließt Laufzeiten für letzte drei aktive Standorte – Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 – um dreieinhalb Monate, bis zum 15.04.2023, zu verlängern

2023: **AfD** Unsere Initiativen und Lösungen

→ Gesetzesentwurf zum "Ausstieg aus dem Kernausstieg"

→ Antrag die "Beschaffung neuer Brennelemente für die noch in Betrieb befindlichen deutschen Kernkraftwerken."

→ Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes-Stopp Rückbau der 3 letzten Kernkraftwerke

AfD Grundsatzprogramm

Kernenergie: Alternativen erforschen – bis zur Umsetzung Laufzeitverlängerung

Die überhasteten Ausstiegsbeschlüsse aus der Kernkraft von 2002 und 2011 waren sachlich nicht begründet und wirtschaftlich schädlich. Solange die Stromversorgung nicht ausreichend gesichert ist, setzt sich die AfD dafür ein, eine Laufzeitverlängerung der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke übergangsweise zu gestatten.

Wir wollen die Forschung zur Kernenergie sowie Reaktor- und Kraftwerkstechnik wieder erlauben. Dabei sind selbstverständlich die nötigen Sicherheitsstandards einzuhalten. Die Nutzung der Kernenergie ist jedoch kein Selbstzweck und ihre zukünftige Ersetzung denkbar. Deshalb sind alle übrigen Energieformen weiter mit Nachdruck zu erforschen.

Europa setzt auf Kernkraft – Deutschland steigt aus

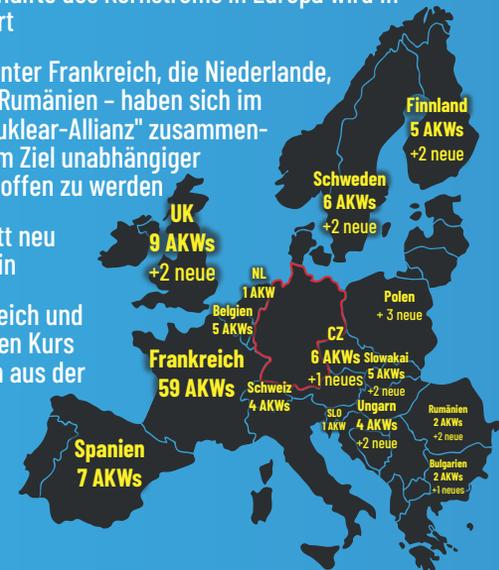
→ in 13 der 27 EU-Staaten werden Kernkraftanlagen betrieben

→ knapp mehr als die Hälfte des Kernstroms in Europa wird in Frankreich produziert

→ 11 EU-Staaten – darunter Frankreich, die Niederlande, Polen, Finnland und Rumänien – haben sich im Februar 2023 zur "Nuklear-Allianz" zusammengeschlossen, mit dem Ziel unabhängiger von fossilen Brennstoffen zu werden

→ Polen steigt komplett neu in die Kernenergie ein

→ Deutschland, Österreich und Spanien lehnen diesen Kurs strikt ab und steigen aus der Kernkraft aus.



ABGELEHNT

Deutschland zahlt Rekordsummen für Stromimporte

Grüne Transformation hinein in kostspielige Stromabhängigkeit!

Deutschlands weltweiter Alleingang beim Ausstieg aus der Kernenergie schlägt sich in bitteren Zahlen nieder! So zahlten wir für das Jahr 2023 Rekordsummen für Stromimporte.

Ist Energieversorgungssicherheit in einem Deutschland ohne Kernkraftwerke gegeben? Die Frage der Versorgungssicherheit sowie die Bezahlbarkeit von Energie steht im Fokus.

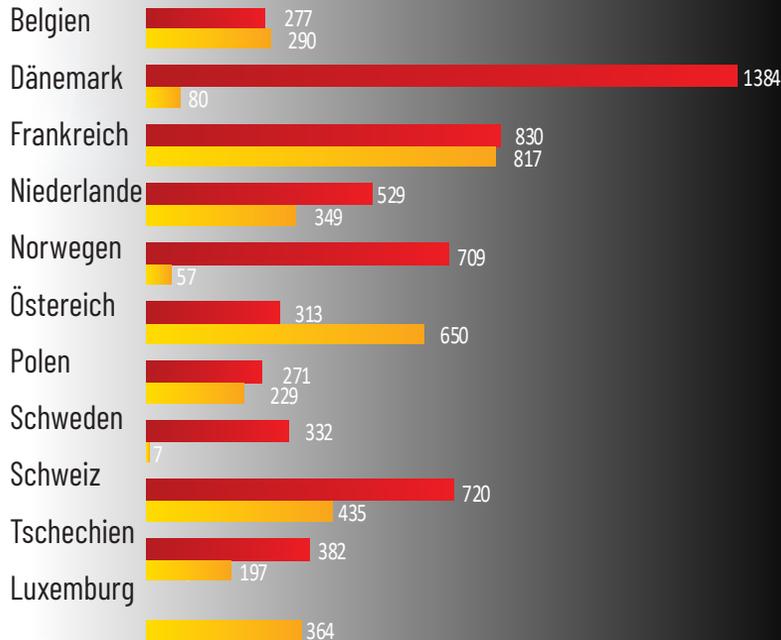
Nach Auswertung des Materials, welches auf meine diversen Nachfragen hin, seitens des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt wurde, ist klar festzustellen, dass der alleinige Ausstieg aus der grundlastfähigen Kernenergie als Jahrhundertfehler zu titulieren ist. So befragte ich die Bundesregierung unter anderem, auf welche Summen sich die Zahlungen für Stromimporte Deutschlands, an stromexportierende Länder, für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023, belaufen.

Die Daten zeigen u.a., dass für den Zeitraum von 01. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 **Exporteinnahmen in Höhe von 3,47 Milliarden €**, **Importausgaben in Höhe von 5,75 Milliarden €** gegenüberstehen.



■ **Import in Mio.€**

■ **Export in Mio.€**



Jedoch ist die Bundesregierung bei der Übermittlung der Daten nicht um eine scheinheilige, fabulöse Schönschreibung auch angesichts fataler Zahlen, die den Irrweg der Energiewende deutlich aufzeigen, nicht verlegen.

Diese massiven Stromimporte zeigen die steigende Abhängigkeit von ausländischen Kraftwerkskapazitäten klar und deutlich. Nach der vollständigen Abschaltung deutscher Kernkraftwerke ist somit das genaue Gegenteil der viel postulierten Energieunabhängigkeit vom Ausland erreicht. Steigende Energiepreise, welche sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auswirkten, waren die Folge und werden sich fortschreiben, wenn die Bundesregierung nicht endlich zu einem gesunden Energiemix zurückkehrt.



Es bleibt bei der seit langem bestehenden AfD-Forderung, die sogenannte Energie-/Wärmewende zu beenden. Für sichere, lückenlose und bezahlbare Energie braucht Deutschland den politischen Wandel, und zwar sofort!

Meine Kleine Anfrage

Raumordnung und Änderung des Raumordnungsgesetzes

Drs.-Nr. 20/5636 & 20/5861

Frage:

Ist die Änderung des Raumordnungsgesetzes nach Auffassung der Bundesregierung "Teil einer integrierten Gesamtstrategie" und welche Themenbereiche sollen in der Gesamtstrategie zusammengeführt werden?

Antwort:

Es stellte sich heraus, dass die **vorrangige Freigabe** von Flächen für den **Ausbau der Windkraft** das Ziel der Bundesregierung ist.

Die Novelle des Raumordnungsgesetzes beschneidet die Kompetenzen der Kommunen und Behörden massiv. Durch den Entfall der Prüfungen für Umweltverträglichkeit und Artenschutz für Vögel in Windenergiegebieten, leidet insbesondere der Naturschutz unserer Heimat!



Die Bundesregierung wollte das bestehende Raumordnungsgesetz ändern. Sie will damit die sogenannte „grüne Energiewende“ und den Windkraftausbau vorantreiben. Sie tut alles, um die Windkraft auszubauen und ignoriert die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger und opfert die Natur unserer Heimat.

OFFENER DIALOG in Mittelsachsen
"WINDKRAFT UND RAUMORDNUNGSGESETZ"

Wird zu Gunsten der Windkraft die Ausnahme zur Regel?
Zu Lasten aller anderen Belange?

Mehr dazu

9. März 2023
19.00 - 20.30 Uhr

Gasthof RITTERHOF,
Altmittweida

CAROLIN BACHMANN
Für Mittelsachsen im Bundestag

www.carolimbachmann.de carolin.bachmann@bundestag.de [LeaCarolinBachmann](https://www.instagram.com/LeaCarolinBachmann)

HIER geht's zur Pressemitteilung



Novelle des Raumordnungsgesetzes

Drs.-Nr. 20/5842

Bundesregierung gibt freie Fahrt für die Windkraft - wir kämpfen dagegen!

Für die Windkraft wirft die Ampel alles über Bord, was an planerischer Ordnung und Naturschutz wichtig war! Sie **schränkt Mitbestimmung von Kommunen und Bürgern immer mehr ein!**

Mit dem gesetzlich verankerten „2% Ziel“ sollen zudem mindestens 2% aller Flächen mit Windrädern bebaut werden. **Wir stellten unseren Entschließungsantrag dagegen – für Bürger, Kommunen und Heimat und forderten einen Stopp des verfehlten Raumordnungsgesetzes der Ampel.**

Wir stehen für mehr Bürgerbeteiligung und Planungshoheit der Kommunen und der Planungsverbände!



Die meisten der Sachverständigen sprachen sich gegen die Gesetzesänderung aus! Die AfD-Fraktion und ich folgten selbstverständlich diesen Sachverständigen. Unsere Einwände wurden von der Bundesregierung ignoriert! Die Ampel hat das Gesetz dennoch beschlossen. Ich werde weiter gegen Windräder in unserer sächsischen Heimat kämpfen.

+++ Pressemitteilung +++

Landrat Neubauer drängt auf Wind-Plan: Region Döbeln in Mittelsachsen gut geeignet für Ausbau

Carolin Bachmann wehrt sich im Bürgersinne gegen den Ausbau von Windkraft im Landkreis Mittelsachsen durch Landrat Neubauer

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

HIER geht's zur Pressemitteilung



Windkraft bald soweit das Auge reicht?

Stellungnahme zum katastrophalen Raumordnungsplan Wind.

HIER GEHT'S ZU DEN DETAILS UND DEM BETEILIGUNGS-PORTAL

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

HIER geht's zur Pressemitteilung





Wir haben die Lösung für Ihre Probleme!

Ein Antrag der Linken bezüglich der möglichen Aufteilung der „CO2 - Abgabe“, welche den Bürgern von der Vorgängerregierung zur Rettung des Weltklimas auferlegt wurde, ist heute Thema. Es ist die Frage, wer die seit 2021 fällige Abgabe im Wohnbereich zu tragen hat, der Mieter oder der Vermieter. Linke wollen Vermieter zur Kasse bitten, doch am Ende trägt dies dann doch der Mieter und dies darf nicht sein. Enorme Sprünge bei Baupreisen, gestörten Lieferketten und die Forderungen der grünen Klimaideologen, ergeben einen baupolitischen und unsozialen Krisencocktail. Unsere Bürger müssen entlastet werden. Wir fordern die Abschaffung der Stromsteuer, der Energiesteuer, und der EEG - Umlage sowie die Mehrwertsteuer auf 7% abzusenken.

Ebenso die Abschaffung der CO2 - Abgabe. **Wir stehen für Wohlstand statt Abkassieren, für Freiheit statt Sanierungszwang!**

HIER
geht's direkt
zur Rede →



Ampel macht Ausnahme zur Regel und zertört die Natur - alles für die Windkraft!

Der von der Ampel eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Raumordnungsgesetzes und anderer Vorschriften zeigt erneut auf, dass für die auf Klimawahn begründete Windkraft alles an planerischer Ordnung und selbst der Naturschutz über Bord geworfen wird. Hinzu kommt das entsprechende Dokumente in keinem der betreffenden Ausschüsse zeitgerecht vorlagen.

Es werden gesetzliche Grundlagen „geschaffen“, um unter anderem neue Windkraftanlagen schneller genehmigen zu können.

Die Bearbeitungsfristen für ein solches parlamentarisches Vorhaben sind jedoch realitätsfern und völlig unzumutbar. Meinungs- und Willensbildung ist schlicht unmöglich.

HIER
geht's direkt
zur Rede →



Bundesregierung führt schlechtes planwirtschaftliches Instrument ein

NEIN

zur kommunalen Wärmeplanung und Dekarbonisierung der Wärmenetze

Deutscher Bundestag

Carolin Bachmann, AfD



Die Ampel reißt den Deutschen den Boden unter den Füßen weg

Weiterer Etikettenschwindel im Bundestag!

Wieder einmal kam der Bundestag mit einem wohlklingenden Gesetz, welches allein aufgrund des Titels **"Digitalisierung im Bauleitplanverfahren"** auf geringen Widerstand und breite Zustimmung hoffen ließ, um wieder Ideologieprojekte durchzupeitschen.

Neben guten, wenn auch zu kurz gegriffenen Ansätzen, versteckten sich wieder einmal die Massenmigration und die sogenannte Energiewende darin. So sollen Ausnahmeregelungen zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften und Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, wie Kindergärten und Schulen für Flüchtlinge im Baugesetzbuch integriert werden. Der Landraub in den Gemeinden wird über das Errichten von Agri-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen erfolgen. Photovoltaik und Wind in Gewerbe- und Industriegebieten, wäre ohne Bebauungsplan realisierbar. Zwei Ideologieprojekte, nämlich grüne Energie und Migration, werden so eindeutig bevorzugt!

Klimaneutralität ist nicht finanzierbar!

Das Scheitern dieser sogenannten Energiewende ist für alle offensichtlich. Dennoch legt die Bundesregierung nach. Bis 2045 soll die gesamte Wärmeversorgung Deutschlands klimaneutral werden. Die Kosten dafür bezifferte die KfW auf 5 Billionen Euro und mit dem Heizungsgesetz kommen wohl bis zu 3 Billionen Euro dazu.

Verantwortung wird auf die Kommunen abgewälzt, die gezwungen werden eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen. Damit versucht man den anstehenden Wärmemangel auszugleichen, den man selbst durch fatale Energiepolitik herbeigeführt hat. Deutschland plant sich kaputt!

Unser Antrag: **„Kommunale Wärmeplanung stoppen, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung"**, befindet sich im parlamentarischen Prozess. Es gilt dringender denn je: zurück zur Kernkraft, Nord Stream realisieren, technologieoffen Forschen und die sofortige Kehrtwende in der Energiepolitik herbeiführen!

HIER
geht's direkt
zur Rede →



HIER
geht's direkt
zur Rede →



Gesundheit

Für den freien Impfentscheid und die Wahrung unserer Grundrechte.



CORONA
DIE GROSSE VERTUSCHUNG
AUFKLÄRUNG UNERWÜNSCHT!

Meine Kleine Anfrage

Einrichtungbezogene Impfpflicht

Drs.-Nr. 20/3263 & 20/3561

Die Einrichtungsbezogene Impfpflicht steht für eine dunkle Zeit mit deren fatalen Auswirkungen wohl kaum einer gerechnet hat. Als die Intensivstationen vermeintlich überliefen, als der vermeintliche Corona-Tod durch die Pflegeheime tobte, als das öffentliche Leben politisch konstruiert darnieder lag, meinte man deuten zu müssen, eine Impfung schützt vor schweren Verläufen und böte einen Schutz vor Ansteckung.

Man begann dort wo der vermeintliche Schutz vor Infektion am wichtigsten war: in Krankenhäusern, Arztpraxen, Pflegeheimen und Pflegediensten.

Wir erfragten Daten und Fakten oder hinterfragten vorliegendes Zahlenwerk.

Die Antworten der Bundesregierung waren stets ausweichend, ernüchternd oder gar peinlich. Antworten der Bundesregierung wie: "Für den Vollzug des IfSG sind die Länder in eigener Zuständigkeit verantwortlich oder der Bundesregierung liegen dazu keine Erkenntnisse vor" waren beschämend.

Die AfD fordert die komplette Aufarbeitung!



Meine Reden



Geben Sie den Menschen Ihre Freiheit und Selbstbestimmung zurück!

AfD lässt Bürger zu Wort kommen: "Geben Sie den Menschen ihre Freiheit und Selbstbestimmung zurück!"

Wir verlesen im Plenum Auszüge aus den vielen Zuschriften, die wir von verzweifelten Eltern und Kindern erhalten haben. Briefe von jenen, die von Angst, Ausgrenzung und Beschimpfung betroffen sind. Briefe von jenen die Angst vor den Folgen der Impfung haben, aber gezwungen sind sich dieser zu unterziehen.

Wir sind es, die den Bürgern dieses Landes eine Stimme im Parlament geben!

HIER
geht's direkt
zur Rede 



Migration

Für eine sichere Heimat ohne Überfremdung.

A large crowd of people, many wearing winter clothing, walking up a hillside. The image is overlaid with a blue banner at the top and a red banner at the bottom containing text.

**Unkontrollierte Massenmigration
nach Deutschland beenden!**

Meine Anträge

Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt/Land-Flucht bewältigen-Stärkung des ländlichen Raumes mit Blick auf die Stadtflucht der Deutschen (Drs.-Nr. 20/4992)

- gute Infrastruktur im ländlichen Raum schaffen
- mehr für Familien im ländlichen Raum tun
- Mangelberufe wie Ärzte fördern
- Planungsbeschleunigung umsetzen
- unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik



Kommunen bei Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern am Ende - Fehlanreize durch seriellen Wohnungsbau stoppen (Drs.-Nr. 20/6188)

- Ende des seriellen Wohnungsbaus für Flüchtlinge
- Kurswechsel hin zu einer Migrationspolitik im Sinne des Grundgesetzes, im Interesse des Landes und seiner Bürger



Stadt-Land-Flucht der Deutschen

Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt/Land-Flucht bewältigen

Drs.-Nr. 20/4992

Aufgrund von Wohnungsnot in den Städten durch Massenmigration, fliehen immer mehr Deutsche aufs Land. Deutsche werden so zu Vertriebenen im eigenen Land.

In Deutschland leben erstmals über 84 Millionen Menschen. 28% der Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund.

Die **Wohnraumentwicklung**, vor allem in den Großstädten, **kann damit nicht schritthalten** und das Ziel der Bundesregierung, **400.000 neue Wohnungen jährlich zu bauen, wurde weit verfehlt.**

Unmittelbare Folge der Masseneinwanderung ist die Flucht der Deutschen aus Städten auf das Land!

Das Thema ist sehr ernst und muss dringend behandelt werden.

Mein Antrag mit dem Titel "Folgen von Massenmigration, Wohnungsnot und Stadt/Land-Flucht bewältigen", setzt genau hier an. Immer mehr Deutsche fühlen sich fremd im eigenen Land und wollen ihre heimischen Städte verlassen. Einige kehren Deutschland den Rücken in Gänze, andere fliehen aufs Land, wo es allerdings an Infrastruktur mangelt.



**HIER
geht's direkt
zur Rede**



Meine Anfragen (Beispiel) an den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages

Binnenwanderung in Deutschland

Aktenzeichen: WD 1 - 3000 - 040/22

Die augenscheinliche Überfremdung in den Städten, veranlasste mich den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages zu beauftragen auszuarbeiten, ob es eine Binnenwanderung in Deutschland gibt und wie sich diese genau gestaltet.

Das 27seitige Ergebnis der Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Dienstes führt eindrücklich aus, dass der Große Austausch konkret Gestalt annimmt, denn die Zahlen bestätigen, dass Deutsche von der Stadt auf das Land flüchten, während Flüchtlinge sich vor allem in Ballungsräumen und Großstädten niederlassen, sobald deren Mobilität gesetzlich nicht mehr reguliert wird.

Fatal jedoch ist, das diese Wanderungsbewegung der Deutschen einseitig betrachtet und mit „Landlust“ betitelt wird, was ein täuschendes Framing darstellt, wie es leider alltäglich in Deutschland stattfindet, um verheerende Tatsachen für Deutschland und die deutsche Kultur zu vertuschen.



Wir fordern den sofortigen Stopp der Massenmigration und eine Kehrtwende in der Migrationspolitik.
Wir fordern den **Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum**.
Familien und Berufseinsteigern muss im ländlichen Raum eine Daseinsvorsorge zugesichert,
sowie Bildungsangebote und die Gesundheitsversorgung flächendeckend abgesichert werden.



HIER
geht's zur
Pressemitteilung



HIER
geht's zum
Artikel im
Compact-Magazin



Deutsche Stadtflucht

HIER geht's zum Video

Stärkung des ländlichen Raumes

Bevölkerungsentwicklung von 2020 bis 2022

- Deutsche ohne Migrationshintergrund: 1 Million weniger
- Deutsche mit Migrationshintergrund: 2,5 Millionen mehr
- Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft: 2 Millionen mehr

Masseneinwanderung in die Großstädte

- Großstädte wachsen seit Jahren hauptsächlich durch Zuzug aus dem Ausland...
- ... und durch Wanderung von Migranten innerhalb Deutschlands
- das Resultat sieht man in Offenbach am Main: 47% Ausländer, 24% Deutsche mit Migrationshintergrund und 34% ohne

Folgen der Masseneinwanderung

- Anstieg der Wohnkosten: von 2016 bis 2021 in Berlin (+42%), München (+24%), Stuttgart (+27%)
- Überbelegung von Wohnungen: im Jahr 2020 jeder siebte Großstädter davon betroffen

Abwanderung der Einheimischen auf das Land

- fast 13% der Bewohner von Großstädten wollen innerhalb von 12 Monaten wegziehen
- vor allem Berufstätige und junge Familien ziehen seit dem Jahr 2017 in ländliche Regionen

Basiseinsvorsorge auf dem Land schlechter als in der Stadt

- Arbeitsplätze und Gesundheit
- Internet und Verkehr
- Bildung und Freizeit

Deutschland hat sich verändert

"Deutschland hat Eigenbedarf"

"Abschieben schafft Wohnraum!"

Verdrängung der Deutschen im eigenen Land

HIER geht's zum Flyer

Illegale Einwanderung

sächsische Außenministerin

um 71,9 Prozent

Bachmann?!
fragt nach

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

nderung über die slandsgrenze t angestiegen

25.736
Illegale
Einwanderer

2023

Januar–November

14.970
Illegale
Einwanderer

2022

Januar–November

Bachmann
sches Bundestages



Ein neues Staatsangehörigkeitsrecht und beispielhaft die sperrangelweit offenen sächsischen Grenzen, werden zu einer weiteren Verschärfung der Problematik des „verdrängten Deutschen aus seinen Städten“ führen.

Die Daten aus 2023 zur illegalen Einwanderung, welche mich über mehrere Anfragewege beim Deutschen Bundestag erreichten, lassen für das Jahr 2024 ein verheerendes Ausmaß erahnen! Während seitens Frau Faeser fabuliert wird, das neue Staatsangehörigkeitsrecht entspräche den Anforderungen der Zeit, zeigt fast zeitgleich ein von der sächsischen Landesregierung vorgestellter Bericht unmissverständlich auf, dass vor allem die Asylpolitik und die augenscheinliche Überfremdung die großen Sorgen der Sachsen sind.

Die Seelenlage der Sachsen hat sich verschlechtert und dass dies nicht unbegründet ist, während die Altparteien sich unverhohlen ein neues Staatsvolk „schaffen“, zeigen die aufgearbeiteten Daten der illegalen Einwanderung, über die sächsische Auslandsgrenze, aus dem Jahr 2023.

Sie zeigen das verheerende Bild einer sperrangelweit offenen sächsischen Auslandsgrenze, die in Verbindung mit dem nun neuen Staatsangehörigkeitsrecht eine fatalere Wirkung kaum haben könnte. So hat von Januar 2023 bis November 2023 die Bundespolizei 25.736 illegale Einwanderer aufgegriffen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der festgestellten illegalen Einwanderer damit von 14.970 Personen um 10.766 Personen (71,9 Prozent). Der Einwanderungsdruck auf die Auslandsgrenzen Sachsens verteilt sich unterschiedlich auf die einzelnen Landkreise.

Am schwersten trifft es das schöne Görlitz, das die Sächsische Schweiz–Osterzgebirge ablöst:

| | | |
|-------------------------------------|--------|------------------------------|
| ↳ Görlitz: | 15.131 | (6.076 im Vorjahreszeitraum) |
| ↳ Sächsische Schweiz–Osterzgebirge: | 7.588 | (8.164 im Vorjahreszeitraum) |
| ↳ Bautzen: | 1.976 | (447 im Vorjahreszeitraum) |
| ↳ Erzgebirgskreis: | 681 | (195 im Vorjahreszeitraum) |
| ↳ Mittelsachsen: | 226 | (39 im Vorjahreszeitraum) |
| ↳ Vogtlandkreis: | 134 | (49 im Vorjahreszeitraum) |

Das unbehagliche: diese Zahlen zeigen nur die aufgegriffenen illegalen Einwanderer! Wer tatsächlich oder auch wie viele und mit welchem Ziel, in jeglicher Hinsicht, sich unbemerkt unsere Heimat zur Beute machen, wird wohl niemand auch nur vollends erahnen können.

Einsätze Bundespolizei Erzgebirge und Mittelsachsen

Die Ampel lässt Migranten unkontrolliert in unsere mittelsächsische Heimat einreisen. Auch die stationären Grenzkontrollen haben daran nicht viel geändert.

Ich fragte die Bundesregierung daher:

Wie viele Einsätze der Bundespolizei fanden in den Kreisen Erzgebirge und Mittelsachsen ab dem Jahr 2022 statt und wie viele illegalen Grenzübertritte wurden dabei festgestellt?

Bei nahezu gleichbleibenden Einsätzen der Bundespolizei im sächsischen Grenzgebiet ist die Anzahl der unerlaubt eingereisten Personen von durchschnittlich 2.300 Personen (jeweils in den Jahren 2017-2020) auf 16.649 Personen im Jahr 2022 und 15.668 Personen im Zeitraum von Januar bis August 2023 rapide angestiegen!

FAZIT:

Diese illegale Migration ist schädlich für Sachsen, schwächt das deutsche Sozialsystem und überfordern Landkreise, Kommunen und unsere Bürger.

Wie von mir im Bundestag schon mehrmals gefordert, bedarf es dringend einer sofortigen Kehrtwende in der Migrationspolitik. Es bedarf der konsequenten Abschiebung von Ausreisepflichtigen, der Umstellung von Geld- auf Sachleistungen, der sofortigen lückenlosen Schließung der Grenzen und der konsequenten Abweisung.

Illegale Grenzübertritte in Sachsen explodieren!

"Da helfen auch keine 10-Tages-Grenzkontrollen oder eine Obergrenze."



HIER geht's zur Pressemitteilung



Illegale Grenzübertritte in Sachsen explodieren weiter!

UPDATE ZUR LAGE

Wekstanzwanderung, die von heute nicht sein könnte!



HIER geht's zur Pressemitteilung



Illegale Migration und Schleuseraktivitäten in sächsischen Grenzgebieten steigen weiter

HILFERUF! Bundespolizei bekommt Lage an den Grenzen nicht in den Griff!



HIER geht's zur Pressemitteilung



Carolin Bachmann
Für Mittelsachsen im Bundestag



Meine Reden



Rekordzuwanderung von beinahe 1,5 Millionen Menschen!

Im letzten Jahr erlebte Deutschland eine Rekordzuwanderung von beinahe 1,5 Millionen Menschen. Sind Einwanderer hier, ziehen sie zu ihresgleichen. Seit 2015 sehen wir das an der Binnenmigration der Flüchtlinge mit Schutzstatus. Fallen die Wohnsitzauflagen weg, ziehen sie vor allem in Großstädte im Westen. Dorthin, wo sich ohnehin schon die meisten Flüchtlinge aufhalten. Viele Deutsche haben davon genug. Sie flüchten aus ihren Städten auf das Land und werden so Vertriebene in ihrer eigenen Heimat. Auf dem Land treffen sie dann auf die harte Realität wie z.B. der eingeschränkten Mobilität, wenige Gewerbegebiete, schlechtere Gesundheitsversorgung und auch langsames Internet. Eine Folge jahrzehntelanger Vernachlässigung des ländlichen Raumes. Es gilt in den ländlichen Raum zu investieren, um die Heimat der Deutschen zu erhalten!

HIER
geht's direkt
zur Rede



Deutsche fühlen sich fremd im eigenen Land

Immer mehr Deutsche in unseren Großstädten fühlen sich immer mehr fremd in ihrer Stadt, in ihrer eigenen Heimat und wollen daher ins ruhige, ins ländliche ziehen.

Was der Grund dafür ist, haben wir die Regierung gefragt.

Es stellte sich heraus, dass die Bundesregierung kaum Kenntnisse diesbezüglich hat, aber annimmt, dass dies vor allem durch steigende Mieten und Kosten begründet ist. Umfragen belegen aber, dass es eben nicht nur die steigenden Kosten sind. Auch die Multikulturalisierung und die gestiegene Kriminalität sind hier die Treiber.

Dies und andere diesbezüglich weiterführende Punkte erläutere und verdeutliche ich in diesem Interview.

Schauen Sie rein!

HIER
geht's direkt
zum Interview



Wie die AfD den Begriff „Remigration“ definiert:

Remigration umfasst alle Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat.

Die Politik der AfD wird maßgeblich in der demokratisch auf Parteitage beschlossenen Programmatik bestimmt. Aus unseren beiden aktuellen Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2021 und die Europawahl 2024 lassen sich daher als Zusammenfassung einer Remigrationspolitik folgende sieben Forderungen ableiten:

1 Gemäß Bundestagswahlprogramm 2021 werden wir entsprechend den gesetzlichen Regelungen die ca. 250.000 vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer konsequent abschieben. Während die Bundesregierung von einer „Rückführungsoffensive“ nur redet, werden wir eine solche Offensive im Rahmen einer Remigrationsagenda“ tatsächlich umsetzen. Geltendes Recht zu vollziehen ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit für die AfD.

2 Weiterhin fordern wir in unserem Europawahlprogramm 2024 im Kapitel „Remigration statt Talentabwerbung“, dass ein humanitärer Aufenthalt nur so lange gewährt wird, wie tatsächlich ein Fluchtgrund besteht – da es sich grundsätzlich um ein Recht auf Zeit handelt, das keine Anwartschaft auf dauerhafte Einwanderung begrün-

det. Betroffen hiervon wären insbesondere auch nicht persönlich verfolgte Bürgerkriegsflüchtlinge mit „subsidiären“ Schutz, sobald in deren Heimat wieder Frieden herrscht.

3 In diesem Sinne wollen wir die seit 2015 rechtswidrig unter Verstoß gegen die Zuständigkeitsregeln der Dublin-Verordnung sowie gegen Artikel 16a Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz (kein Asyl bei Einreise aus sicherem Drittstaat) und § 18 Asylgesetz (Pflicht zur Zurückweisung an der Grenze) erfolgte Massenzuwanderung umkehren. Insbesondere unter aus Syrien und Afghanistan stammenden Personen, in deren Herkunftsländern die Kampfhandlungen weitestgehend beendet sind, sehen wir daher ein großes „Remigrations“-Potential, das sogar von den Regierungen der jeweiligen Herkunftsländer ausdrücklich eingefordert wird.

4 Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter wollen wir vorrangig zurückführen, entweder in ihre Herkunftsländer oder in aufnahmebereite Drittstaaten. In dieser Hinsicht dient rechtsstaatliche Remigration dem Schutz aller rechtstreu in Deutschland lebenden Menschen. Die Ausweisung bei Gewalt-, Drogen-, und Sexualdelikten, bei Clan-Kriminalen sowie bei organisierter Kriminalität wollen wir erleichtern.

5 Auch der Import ausländischer Konflikte gefährdet zunehmend den inneren Frieden. Wer die Konflikte seiner Heimat unter Begehung von Straftaten nach Deutschland trägt, sollte sein Aufenthaltsrecht verlieren.

6 Schließlich übersteigt die derzeitige Einwanderung in unser Sozialsystem bei weitem unsere finanziellen Möglichkeiten. Das Recht, sich langfristig in Deutschland aufzuhalten, wollen wir daher verstärkt davon abhängig machen, ob jemand seinen Lebensunterhalt für sich und seine Familie selbst verdient – sofern nicht tatsächliche Schutzgründe seinen Aufenthalt begründen.

7 Eine vorausschauende Politik, wie wir sie machen, lässt Remigration erst gar nicht nötig werden, indem sie mittels heimatnaher Zuflucht, wirksamen Grenzschutzes und dem Abbau der derzeit bestehenden Fehlreize (Bürgergeld, Bleiberecht für Ausreisepflichtige, Turbobeinbürgerung) illegale Zuwanderung von vornherein unterbindet.

Diese sieben Forderungen entsprechen der heutigen Rechtslage oder lassen sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen.

- Die AfD unterscheidet nicht zwischen deutschen Staatsangehörigen mit und ohne Migrationshintergrund. Alle Deutschen sind ohne Ansehen von Herkunft, Abstammung, Weltanschauung oder Religionszugehörigkeit Teil unseres Staatsvolks.
- Die vielen gut integrierten Bürger mit Migrationshintergrund in Deutschland, welche die Chancen ergriffen haben, die unser Land bietet, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind uns ausdrücklich willkommen – die Politik der AfD vertritt auch ihre Interessen!
- Verfassungswidrige Forderungen wie eine willkürliche kollektive Abschiebung von Ausländern unabhängig von einem bestehenden individuellen Aufenthaltsrecht oder gar die Abschiebung deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund stoßen auf unsere entschiedene Ablehnung.



Das wichtige Amt eines Schriftführers

Meine Aufgabe als Schriftführer

Schriftführer sind Abgeordnete, die der Bundestag auf Vorschlag der jeweiligen Fraktionen in dieses Amt wählt.

Je zwei Schriftführer bilden mit dem amtierenden Bundestagspräsidenten den Sitzungsvorstand.

Sie sitzen links und rechts neben dem Präsidenten. In der Regel gehört ein Schriftführer den Regierungsfractionen an und ein Schriftführer der Opposition.

Die Schriftführer nehmen Anträge und Wortmeldungen entgegen, verlesen Schriftstücke, führen Rednerlisten, überwachen die Redezeiten, überwachen die Korrekturen des Plenarprotokolls und stellen das Ergebnis von Abstimmungen fest.

Durch den Schriftführereinsatz gelang es:

Hammelsprünge zu erwirken, die nicht vorhandene Beschlussfähigkeit des Bundestages festzustellen, auf Fairness bei der Redezeit zu achten und "übersehene" Wortmeldungen aus unserer Fraktion zu melden.

Der Einsatz als Schriftführer ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, da sie der einzige Einsatz im Bundestagspräsidium ist, der uns als Opposition zugestanden wird.



Rechtsbruch im Bundestag - AfD stellt keinen Bundestagsvizepräsidenten.

Seit nun 2 Wahlperioden hat der Bundestag immer noch keinen Bundestagsvizepräsidenten der AfD gewählt, obwohl dies unser parlamentarisches Recht ist. Der Bundestag bricht damit seine eigene Geschäftsordnung.

Übrigens: Seit dieser Legislatur gewähren uns alle anderen Abgeordneten in den Ausschüssen nicht die uns zustehenden Ausschussvorsitze und die stellvertretenden Ausschussvorsitze. Darüber welche Vorsitze und Stellvertreter einer jeden Fraktion zustehen, einigte sich der Ältestenrat des Bundestages .

In beiden Fällen laufen mittlerweile Klageverfahren.

Kampagnen

10-Punkte-Sofortprogramm einer AfD-geführten Bundesregierung

Auszug aus der Kampagne

ZANK AMPEL BRINGT ZWIST

Harmonie & Friede braucht politischen Wandel

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

AFD

Auszug aus dem 10-Punkte-Sofortprogramm

Verheerende Migrationspolitik sofort beenden

Grenzen sichern
Sach- statt Geldleistungen
Hohe Einbürgerungshürden

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

AFD

Verheerende Migrationspolitik sofort beenden
Wir werden

- die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden, indem wir für Flüchtlinge und Migranten Sach- statt Geldleistungen einführen (Drs. 20/525);
- illegale Zuwanderung durch effektiven Grenzschutz verhindern und alle illegalen oder straffällig gewordenen Migranten konsequent abschieben;
- ein Einbürgerungsrecht in deutschem Interesse etablieren. Einbürgerungen müssen an hohe Hürden gebunden sein (Drs. 20/4845)

HIER geht's zur Kampagne



Lastenausgleich?!

Auszug aus der Kampagne

Von AMPEL und EU lassen wir uns NICHT ENTEIGNEN!

MEIN HAUS GEHÖRT MIR!

Carolin Bachmann, MdB

AFD

"MODERNES ROBIN HOOD"
von "REICHEN" nehmen,
"ARMEN" geben

Wer soll das bezahlen?!
Lastenausgleich:
kommt die Enteignung?

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

AFD

Eine gigantische Umverteilung durch Enteignung? Sozialismus durch die Hintertür!

Nach dem bedingungslosen Grundeinkommen soll nun das bedingungslose Grundeberde diskutiert werden.

Grass-Geld für alle jungen Leute! Wirtschaftsforscher aus Berlin und die SPD finden das toll.

Die DW propagiert unter dem Motto „Wohlfahrt für alle“ eine großangelegte Umverteilung von oben nach unten. Die bestehende Vermögensungleichheit soll durch eine Umverteilung reduziert werden.

Die bezahlte Hälfte soll, finanziert über Steuern auf hohe Vermögen, ein Grundeberde zum Vermögensaufbau erhalten,

Im Klartext: Zwangsfinanzierung über die Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer steht ebenfalls zur Debatte.

Die Tendenz Vermögen umzuverteilen, ohne das Empfänger eine Leistung erbringen müssen, kennt unter dieser Regierung keine Grenzen.

Die sogenannten "Verwendungsaufgaben" wären dann die Geburtsstunde für ein weiteres deutsches Bürokratiemonster, für dessen Bewältigung keinerlei Ressourcen zur Verfügung stehen.

Was jedoch vergessen wird: Wo Leistung keinen Sinn macht, kann Erfolg nicht gedeihen!

Wieder sollen Leistungsträgern Milliarden geraubt werden (#Enteignung), um vorwiegend Leistungslose zu versorgen, und selbstverständlich wird nicht vergessen, dies auch weltweit zu kommunizieren.

Willkommen in ABSURDistanz!

Wir sagen NEIN

HIER geht's zur Kampagne



11-Punkte-Plan zur Bekämpfung der Wohnungsnot

Auszug aus der Kampagne

Deutschland hat Eigenbedarf!
Forderungen der AfD zur Lösung der Wohnungsnot

Deutschland hat Eigenbedarf!
Forderungen der AfD zur Lösung der Wohnungsnot

Punkt 10:
Parallel- und Gegengesellschaften umgehend auflösen - Lebensqualität in Städten nachhaltig erhöhen

Punkt 11:
Sonderbaurecht für Flüchtlingsbauten beenden (§ 246 Abs.14 BauGB)

Deutschland hat Eigenbedarf!
Forderungen der AfD zur Lösung der Wohnungsnot

Punkt 8:
Abschieben schafft Wohnraum!
Ausreisepflichtige Ausländer unverzüglich abschieben

GRENZEN SCHÜTZEN!
Zuwanderung steuern und begrenzen

Punkt 4:

Carolin Bachmann
Mitglied des Bundestages

Carolin Bachmann
Mitglied des Bundestages

AFD

Verschweigen der Masseneinwanderung als Ursache der widerwilligen Stadtflucht ist verantwortungslos und Heuchelei!

+++ Deutschland hat Eigenbedarf +++

Forderungen der AfD-Fraktionen zur Lösung der Wohnungsnot:

1. Klimaideologische Besteuerung beenden (z.B. CO2-Steuer).
2. Bürger bei den Energiekosten massiv entlasten.
3. Völlig überzogene Baustandards abschaffen.
4. Öl- und Gasheizungsverbot stoppen!
5. Grundsteuer ersatzlos streichen – Differenzausgleich für die Kommunen.
6. Deutschland zum Land der Eigentümer machen! – Abschaffung der Grunderwerbssteuer für selbstgenutztes Wohneigentum.
7. Folgen von Massenmigration: Wohnungsnot und Stadt-Land-Flucht bewältigen – ländlichen Raum für Familien attraktiver machen.
8. Parallel- und Gegengesellschaften umgehend auflösen – Lebensqualität in Städten nachhaltig erhöhen.
9. Abschieben schafft Wohnraum! – Ausreisepflichtige Ausländer unverzüglich abschieben.
10. Sonderbaurecht für Flüchtlingsbauten beenden (§ 246 Abs. 14 BauGB).
11. Grenzen schützen! Zuwanderung steuern und begrenzen.

HIER
geht's zur
Kampagne



Bundestagswahlkreis 161 Mittelsachsen

Willkommen

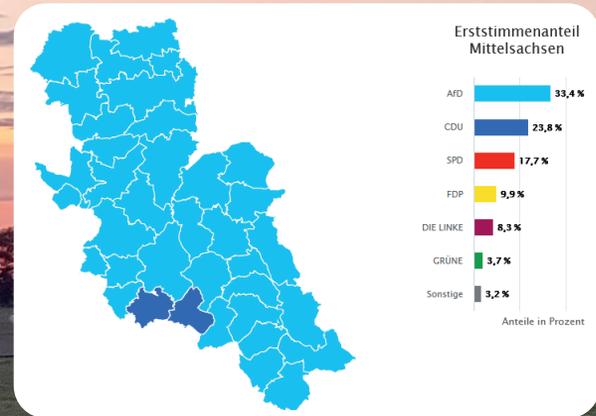
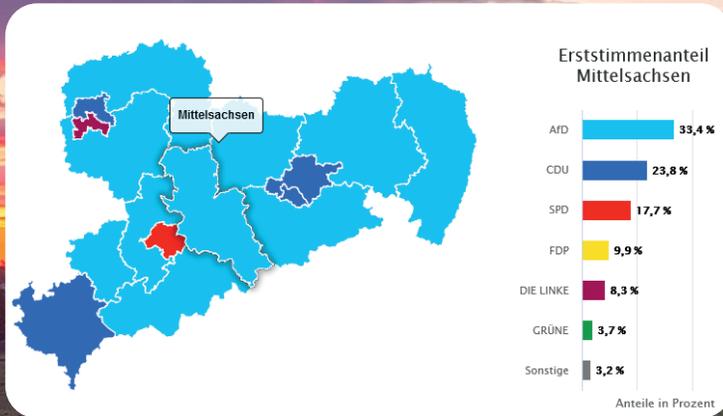


Landkreis
Mittelsachsen

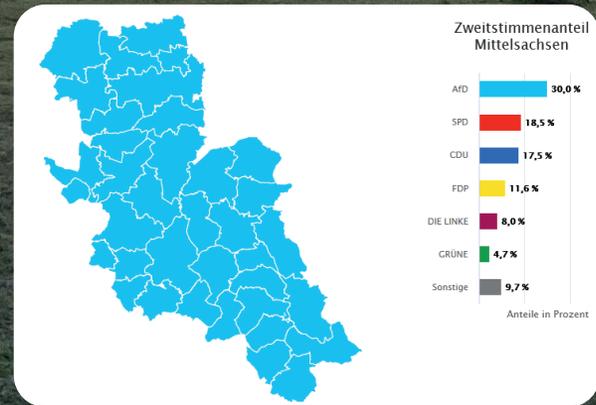
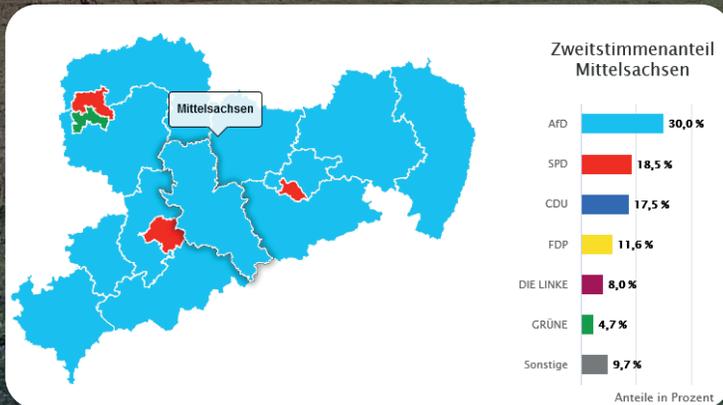
Wahlergebnisse 2021 im Wahlkreis 161 - Mittelsachsen

Mein Direktmandat mit unglaublichen 33,4% der Wählerstimmen gewonnen

Erststimmenanteil: Bachmann mit 33,4%



Zweitstimmenanteil: AfD mit 30,0%









Mittelsachsen im Bundestag

Alle bundespolitischen Themen und meine Arbeit im Bundestag haben immer auch Relevanz für unsere Heimat Sachsen und Mittelsachsen.

Hier findet sich ein Auszug meiner Aktivitäten mit ganz konkretem Bezug für Mittelsachsen:



Zusammen gegen Faschismus!

Freiberg steht auf - gegen Rechtsextremismus
und neonazistische Netzwerke

**FREIBERG
FÜR ALLE**

Zusammen gegen Faschismus!

Es gibt immer neue Erkenntnisse zu den faschistischen und menschenfeindlichen Aktivitäten extrem rechter Akteure, zu denen auch Vertreter der AfD und Personen aus ihrem Umfeld gehören. Inzwischen bekennt sich die AfD öffentlich zu ihren Plänen, Millionen Menschen deportieren zu wollen, deren Herkunft, Aussehen oder Denkweise ihnen nicht passen.

Projekte „Freiberg für alle“ und „Partnerschaft für Demokratie“

Ich fragte gezielt bei der Bundesregierung nach etwaigen Förderungen. Es stellte sich heraus: Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wird die „Partnerschaft für Demokratie des Landkreises Mittelsachsen“ gefördert.

Die Bundesmittel für das Bundesprogramm sind im Bundeshaushalt eingestellt.

Eine Kofinanzierung erfolgte seit Förderbeginn (01.01.2015) durch den Landkreis Mittelsachsen in Höhe von 5.000,- €/Jahr und durch den Freistaat Sachsen in Höhe von 40.000,- €/Jahr.“

Damit wird wieder einmal ein Projekt gegen rechts mit Steuermitteln in unserem Landkreis gefördert. Das lehne ich entschieden ab!

Treibhaus e.V. Döbeln

Linke Vereine in Mittelsachsen erhalten staatliche Förderung, so auch der linksradikale Treibhaus e.V. in Döbeln, der offen zur Gewalt gegen AfD-Mitglieder aufgerufen hatte.

Ich setzte mich auf kommunaler Ebene für die Streichung der Mittel ein und fragte die Bundesregierung, wieviel jährliche Förderung Treibhaus e.V. bekommt.

Quelle <https://treibhaus-doebeln.de/treibhaus-e-v-veroeffentlicht-blickpunkt-rechts-2019/>
"AfD für demokratischen Diskurs und gegen billige staatlich finanzierte Diffamierung der Opposition"



Treibhaus e.V. veröffentlicht
"blickpunkt.rechts 2019"

Bachmann fragt nach:
KEIN GELD für EIGENE BEVÖLKERUNG!

Unterstützung der Tafeln sind bloße Lippenbekenntnisse der Bundesregierung!

Beschämend und arglistig!

CAROLIN BACHMANN | AfD
Eure direkt gewählte Abgeordnete für Mittelsachsen

Förderung der Tafeln

Nach Gesprächen mit den mittelsächsischen Tafeln, habe ich die Bundesregierung nach einer staatlichen Grundfinanzierung für die Geschäftsstelle der Tafel gefragt. Auf meine gezielte Nachfrage hin, welche Maßnahmen konkret geprüft werden, musste die Ampel jedoch kleinlaut zugeben, dass gar keine weiteren Fördermaßnahmen geplant sind.

Die Unterstützung der Tafeln durch die Bundesregierung ergeht sich in bloßen Lippenbekenntnissen. Dieses Verhalten ist beschämend. Die Ampel lässt die Betroffenen allein.



HIER geht's zur Pressemitteilung



HIER
geht's zur
Pressemitteilung



Förderung für Flöha: 1,1 Mio. Euro aus dem Projekt „Nationaler Städtebau“

Diese gingen durch direkten Einsatz von Carolin Bachmann, in ihrer Funktion als Wahlkreisabgeordnete und Mitglied in der Jury für Nationalen Städtebau nach Flöha in die Umgestaltung der Industrietrache „Alte Baumwolle“.

Bundesfördermittel für Mittelsachsen



 **CAROLIN BACHMANN** | 
Euro direkt gewählte Abgeordnete für Mittelsachsen

+++Pressemitteilung+++

Umgehungsstraße Freiberg

**Nach jahrzehntelangem Stillstand
muss es nun endlich losgehen!**



 **Carolin Bachmann**
Mitglied des Deutschen Bundestages



Ortsumgebung Freiberg

Es wird nach Jahrzehnten höchste Zeit, dass die sich im vordringlichen Bedarf (Bundesverkehrswegeplan) befindende Umgehungsstraße B101, um Freiberg, endlich realisiert wird. Ich hatte daher bei der Bundesregierung nachgefragt, was die Gründe für die Nicht-Realisierung sind, jedoch keine zufriedenstellende Antwort vom Verkehrsministerium erhalten. Zahlreiche Klagen und ein verkorkstes Planungsverfahren bremsen die OU Freiberg weiterhin aus! Ich bleibe dran und werde das Bundesverkehrsministerium weiter befragen, denn die Umgehungsstraße ist für Freiberg und die Region Mittelsachsen sehr wichtig. Sie verbessert Lebensgefühl und die wirtschaftliche Anbindung der Region.

HIER
geht's zur
Pressemitteilung





Hochwasserrückhaltebecken Mulda

Ich fragte die Bundesregierung, wann das Hochwasserrückhaltebecken, welches sich in Folge des Jahrhunderthochwassers im Jahr 2002 als notwendig erwies, in Mulda fertiggestellt wird.

Die Antwort: **„Nach Kenntnis der Bundesregierung ist mit der Fertigstellung „Hochwasserrückhaltebecken Mulda einschließlich Überleitungsstollen“ im Jahr 2034 (!) zu rechnen.“**

Ausbau barrierefreier Bahnhof Niederwiesa und weiterer Bahnhöfe in Mittelsachsen

„Welchen aktuellen Sachstand hat die Bundesregierung zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs in Niederwiesa und welche Bahnhöfe in den Landkreisen Mittelsachsen und Erzgebirge sind noch nicht barrierefrei“, waren meine Fragen an die Bundesregierung.

Die Antwort der Bundesregierung war:

- ↪ Flöha (Realisierung für das Jahr 2023 geplant)
- ↪ Mittweida im Jahr 2030 (Realisierung für das Jahr 2030 geplant)
- ↪ Mulda im Jahr 2028 (Realisierung für das Jahr 2028 geplant)
- ↪ Waldheim im Jahr 2030 (Realisierung für das Jahr 2030 geplant)

Die übrigen Verkehrsstationen in Mittelsachsen (auch Niederwiesa), erfüllen eine der Anforderungen, hier z.B. eine Mindestanzahl von 1000 reisenden Personen pro Tag nicht, um den Ausbau zu beginnen.



Mein Antrag

Deutsche Kulturlandschaften verteidigen -
Flächenfraß und visuelle Raumnahme der Wind- und
Solarindustrie bekämpfen (Drs.-Nr. 20/9799)



Ich unterstütze die Bürgerinitiative in Dorfchemnitz und Clausnitz.

Das Anliegen:

- Unsere Heimat vor Zerstörung durch Windindustrie schützen.
- Gegen den ideologischen Ausbau von Windindustrie im Landschaftsschutzgebiet Osterzgebirge und im Naturpark kämpfen.
- Die Bürgerbeteiligung erwirken, im Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans und zur Ausweisung der Windgebiete.

**Dorfchemnitz gegen Ausweisung
weiterer Windgebiete.
Meine Stellungnahme dazu.**



Carolin Bachmann
Für Mittelsachsen im Bundestag



HIER
geht's zur
Stellungnahme



GEGENWIND - STAMMTISCH ERZGEBIRGE UND MITTELSACHSEN

AM 17.06.2024 AB 19:00 UHR

**AM GOLDENEN LÖWEN 5
09627 BOBRITZSCH-HILBERSDORF**

**Carolyn Bachmann, MdB
Thomas Dietz, MdB**



Heimatland Erzgebirge

**GEGEN DIE ZERSTÖRUNG UNSERER HEIMAT.
FÜR EINE SINNVOLLE, KOSTENGÜNSTIGE UND
BEZAHLBARE STROMVERSORUNG.**

WINDKRAFT, NEIN DANKE!

Alle sprechen über Windindustrie. Der Gesetzgeber erlässt eine Genehmigungs- und Bauerleichterung nach der anderen für Windindustrie und Photovoltaik, also für die sogenannten Erneuerbaren Energien. Abstandsregeln werden massiv reduziert, bei gleichzeitiger Vervielfachung der Anlagenhöhe. Natur- und Artenschutz spielen kaum noch eine Rolle. Nach aktueller Gesetzgebung könnten Windindustrieanlagen an Orten errichtet werden, an die sich noch vor 3 Jahren niemand gewagt hätte zu denken. Der Ausbau wird mit dem 2%-Flächenausbauziel massiv vorangetrieben. Bei im Moment 0,2% bebauter Fläche erhöht auf 2% bebauter Fläche, hieße das, dort wo jetzt 2 Windindustrieanlagen stehen, werden rechnerisch bald 10 dieser Anlagen stehen. Allerdings nicht mit 60 m sondern mit 250 m Gesamthöhe.

Währenddessen wird an der enormen Steuer- und Abgabenlast, die Bürger und Unternehmer zu tragen haben, an der Bürokratie und an allen anderen Rahmenbedingungen, die das Wirtschaften zunehmend wettbewerbsunfähig und das Leben schwer machen, nichts optimiert. Stattdessen werden wir Bürger, durch ideologischen Dämmwahn, dem Verbot von Öl- und Gasheizungen und dem damit zusammenhängenden Wärmepumpenzwang, weiter enorm belastet.

Die im Zusammenhang, mit dem mittlerweile vollzogenen Kernkraftausstieg sowie dem rein ideologische Ausbau von Windindustrie und PV, stehenden, in den letzten Jahren massiv gestiegenen Strompreise, belasten zusätzlich. Wenn die sogenannten Erneuerbaren Energien, bei all den problematischen Fakten, wenigstens einen maßgeblichen Einfluss bei der „Verbesserung der Welt“ hätten, könnte man Verständnis aufbringen, dies ist allerdings nicht der Fall.

Die einzigen Effekte der Windkraft auf unsere Heimat sind:

- Zerstörung unseres Landschaftsbildes; kein Blick, keine Bergkuppe ohne Windindustrie
- Schwächung unseres Tourismus vor Ort
- Verschmutzung unserer Natur durch Abrieb und Öl-Austritt und somit schädliche Beeinflussung unseres Trinkwassers und unserer Atemluft
 - Schall und Schattenwurf
 - Wertminderung unserer Grundstücke
- Negative Auswirkungen auf Gesundheit von Mensch und Tier
 - Prallgefüllte Geldbeutel der Investoren

Schauen wir uns an:

- Wie sieht die Gesetzeslage aus und wie hat sie sich verändert?
- Wie weit ist der Stand beim Raumordnungsplan Wind des Planungsverbandes?
- Warum ist es richtig, sich gegen diesen massiven Ausbau der Windenergie einzusetzen?
 - Was können die Bürger tun?
- Warum sind die sogenannten Erneuerbaren Energien generell keine Lösung für eine sichere Stromversorgung?

Meine Stellungnahme zum
Raumordnungsplan Wind für
Sie zum lesen:



Webseite: carolinbachmann.de · Facebook: [/CarolinBachmannAfD](https://www.facebook.com/CarolinBachmannAfD) · Instagram: [/carolin.bachmann/](https://www.instagram.com/carolin.bachmann/)

Brand einer Windkraftanlage bei Clausnitz

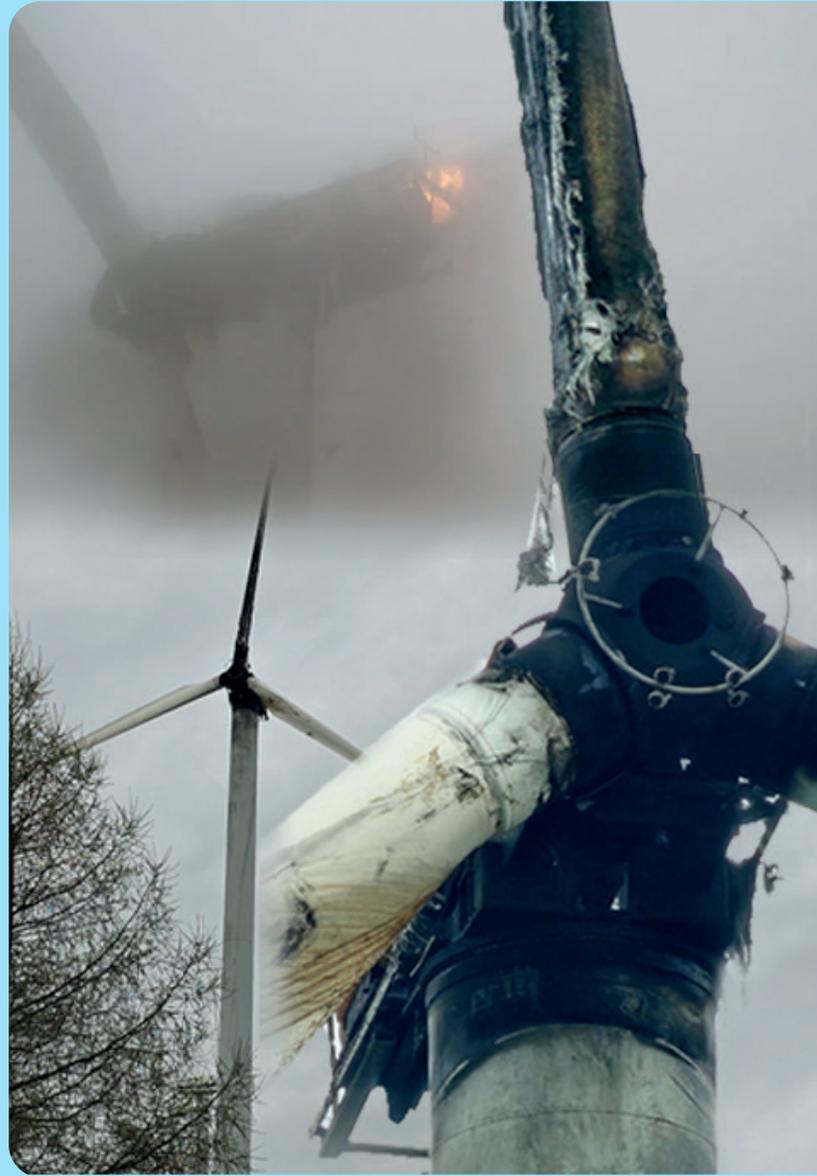
Ich habe STRAFANZEIGE gestellt, denn Heimat und Natur sind meine große Herzensangelegenheit. Umweltverschmutzung und die Zerstörung meiner Heimat gilt es zu benennen, zu beheben und stets abzuwenden. In diesem Fall war es der Brand einer Windenergieanlage.

Die sich nach dem Brandfall in der Landschaft und der Luft ausbreitenden Glasfasern und Brandreste sind ein Gesundheitsproblem und gehören weder in die Luft, in unser Wasser noch in unsere Böden.

- Naturpark Erzgebirge/Vogtland - gehört zu den betroffenen Flächen jedoch reagiert die GrüneLiga nicht
- Landratsamt bestätigte eine enge Begleitung des Falls
- Betreiber hatte den Auftrag die Fasern zu beräumen, jedoch wohl ohne Vorgaben zu etwaigen Schutzausrüstungen
- hohe Emotionalität, Nervosität und Überforderung während der intensiven Kommunikation waren spürbar
- trotz Beräumung, befanden sich zu jeder Zeit weiterhin Glasfasern und Brandreste in der Landschaft
- für Nachschub sorgte das lose Material in der abgebrannten Gondel und dies vor, während und nach der Bestellung der umliegenden kontaminierten Felder

Das sorglose Verhalten vieler Beteiligten veranlasste mich 4 Wochen nach dem Brand Anzeige zu erstatten.

Es gilt aus diesem Fall die richtigen Schlüsse zu ziehen, um im Havariefall Kompetent agieren zu können. Ebenso muss die Ursache für diesen Brand geklärt werden und in Anbetracht des massenhaft geplanten Windenergieausbaus, zu den bereits bestehenden Anlagen, gilt es Katastrophenschutzkonzepte vorzulegen, um die Gefahren für Mensch und Natur zu minimieren.





Bundestagsabgeordnete erstattet Anzeige nach Brand einer Windkraftanlage bei Clausnitz

Carolin Bachmann (AfD) spricht von einer Umweltkatastrophe im Ortsteil von Rechenberg-Bienenmühle im Erzgebirge. Was sagen Polizei und Behörden zu den Vorwürfen? Clausnitz.

Die mittelsächsische Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann (AfD) hat bei der Polizei Anzeige wegen mutmaßlicher Umweltverschmutzung in Zusammenhang mit dem Brand einer Windkraftanlage an der Geleitstraße bei Clausnitz am 27. Februar erstattet. Als Tatverdächtige nennt die Muldaerin die Agrargenossenschaft Bergland Clausnitz, die Agrargenossenschaft Voigtsdorf, das Landratsamt Mittelsachsen und den Naturpark Erzgebirge/Vogtland.

Die Politikerin spricht im Zusammenhang mit der Havarie von einer andauernden Umweltkatastrophe: „Die Glas-Fasern fliegen seit Wochen in der Luft, verteilen sich und sind am Boden des kompletten Areals um den Standort und die betroffenen Felder, Fundorte existieren sichtbar bis in mehrere Kilometer Entfernung.“ Sie fordert, die Flächen vollständig zu bereinigen, die Windenergieanlage komplett abzubauen und „ein weiteres Verteilen in Luft und Natur von Glasfasern (sichtbar und im lungengängigen Mikrobereich)“ zu verhindern.

Polizeisprecherin Jana Ulbricht hat den Eingang der Anzeige auf Anfrage der „Freien Presse“ bestätigt. Die Polizei sei dazu auch im Kontakt mit der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes Mittelsachsen. Nach bislang vorliegenden Informationen habe sehr wohl eine Beräumung von herabgefallenen Glasfaserteilen durch den Grundstückseigentümer stattgefunden, so Ulbricht. Ob der Tatbestand der Bodenverunreinigung mit einem strafrechtlich vorwerfbareren Handeln erfüllt ist, sei fraglich. Nach Abschluss der Ermittlungen werde das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Chemnitz zur rechtlichen Bewertung abgegeben, so die Polizeisprecherin.

Bürger fragen nach möglichen Gefährdungen

Als Sprecher der Kreisverwaltung, zu der auch die Untere Naturschutzbehörde gehört, hatte André Kaiser auf Anfrage der „Freien Presse“ zu der Havarie mitgeteilt: „Aus Sicht des Landratsamtes hat eine Gefährdung von Arten und natürlichen Lebensräumen, eines Gewässers oder eine Beeinträchtigung der Bodenfunktionen mit Auswirkungen auf den Wirkungspfad Boden-Mensch beziehungsweise Boden-Pflanze-Mensch nicht stattgefunden.“ Zu etwaigen Gefährdungen im Zusammenhang mit dem Brand vor rund fünf Wochen hatte es auch in der jüngsten Sitzung des Kreistages von Mittelsachsen mehrere Anfragen gegeben.



Die Kommunen stärken!

186 Milliarden Investitionsdefizit und der Bund drückt immer weiter unaufhörlich neue Aufgaben auf die Kommunen ab, ohne die Finanzmittel mitzuliefern. Mittelsachsen, Sachsen, ja ganz Deutschland ist betroffen. Es ist endlich Zeit die Kommunen von der Last der Ideologieprojekte wie Migration und Klimapolitik zu befreien, damit die Kommunen wieder Geld für ihre originären Aufgaben haben.

Mein Antrag

Kommunale Selbstverwaltung stärken - Fremdbestimmung durch Migrations- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung verhindern und Förderstruktur reformieren
(Drs.-Nr. 20/11623)

HIER
geht's direkt
zur Rede →



Wer bestellt bezahlt!

Permanent bestellt der Bund bei den Kommunen und erwartet, dass die Kommunen gestellte Probleme allein lösen. Wir sagen NEIN! Nicht nur die Inflationspolitik treibt uns in den Abgrund. Die Bürger wollen diese Politik nicht mehr und werden dies auch zeigen!

Unser Antrag

Elf Punkte für unsere Heimat - Kommunen stärken (Drs.-Nr. 20/11624)

HIER
geht's direkt
zur Intervention →



Webseite: carolinbachmann.de • Facebook: [/CarolinBachmannAfD](https://www.facebook.com/CarolinBachmannAfD) • Instagram: [carolin.bachmann/](https://www.instagram.com/carolin.bachmann/)



**Kreistag Mittelsachsen
Gemeinderat Mulda**

**VIELN DANK FÜR
IHR VERTRAUEN!**

Carolin Bachmann
Mitglied des Deutschen Bundestages



AfD ist stärkste Kraft und wird mit 30 Vertretern in den Kreistag Mittelsachsen einziehen.

Damit quittieren die Bürger auch die super Arbeit der bisherigen AfD-Fraktion im Kreistag und zeigen mit ihrem generell konservativem Wahlverhalten der rot-rot-grünen Agenda ein Stoppschild.

Danke vor allem an die Bürger in meiner Gemeinde Mulda, die mich in den Gemeinderat gewählt haben.

In meinem Wahlkreis 12, zur Kreistagswahl Mittelsachsen, wurde ich ebenso von Euch Bürgern mit deutlicher Mehrheit und riesigem Abstand in den Kreistag gewählt.

Ich freue mich sehr demnächst Teil des Gemeinderats Mulda und des Kreistages Mittelsachsen sein zu dürfen und bedanke mich auch stellvertretend im Namen meiner Kollegen für 35,7% und 29%.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Wahlergebnisse
Gemeinderatswahl
Mulda 2024



Wahlergebnisse
Kreistagswahl
Mittelsachsen
2024




**Holen wir uns
Deutschland zurück!**



Europawahl 2024

31,8% in Sachsen

**Danke an alle Wähler
und Unterstützer!**

AfD

Carolin Bachmann
Für Mittelsachsen im Deutschen Bundestag

Wahlergebnisse
Europäisches
Parlament
2024-2029



Persönliche Einblicke



Über mich

Zur Ausbildung zog es mich aus meiner schönen ruhigen Heimat in die große Bankenstadt Frankfurt am Main, in der ich insgesamt 9,5 Jahre lebte. Es war ein Abenteuer und erweiterte meinen Horizont. In Frankfurt am Main erlebte ich 2008-2010 die Bankenkrise und die verfehlte Euro-Rettungspolitik hautnah, konnte diese aufgrund meiner Ausbildung einordnen und stellte mit meinen damals 19 Jahren erstmalig das Auseinanderklaffen von in den Medien Erzähltem und der Realität fest.

Die große Tragweite konnte ich damals noch kaum erahnen. Ich wurde neugierig, begann vieles zu hinterfragen und stellte bald fest, dass es kaum einen Lebensbereich gab, der nicht von der Verdrehung des Zeitgeistes betroffen war. Frankfurt war zudem schon lange vor Merkels Grenzöffnung „multikulti“ und auch sonst in vielen Bereichen aus den Fugen geraten.

Mein Entschluss stand fest: Die Brennpunkte in Frankfurt wollte ich nicht als Flächenbrand auf ganz Deutschland ausgeweitet sehen. Das Land, welches die Generationen meiner Eltern und (Ur-) Großeltern aufgebaut hatten, wollte ich erhalten.

Nach **Gründung der AfD 2013** verfolgte ich diese medial und wählte sie auch. Es waren Gespräche mit Vertretern aus der AfD Mittelsachsen im Jahr **2018**, welche meine schon seit Langem bestehende inhaltliche Überzeugung, mit meinem **Eintritt in die Alternative für Deutschland** vollendeten. **2020 wurde ich für den Wahlkreis 161 zur Bundestagswahl 2021 nominiert**, um mit unglaublichen **33,4%** und somit deutlichem Vorsprung im **September 2021 als Direktkandidatin** von Euch in den Bundestag geschickt zu werden.

Danke nochmals für Euer Vertrauen! Deutschland. Aber normal. Das ist es, was ich bewirken möchte und wofür ich mich täglich einsetze. Dazu zählt für mich in erster Linie eine **vernünftige, familienfreundliche und zukunftsorientierte Politik**, um eine gut und sichere Zukunft für uns und unserer Kinder in Deutschland zu gewährleisten.

Dabei liegt mein Fokus auf der **Stärkung des ländlichen Raumes**, der jahrzehntelang vernachlässigt wurde und nach dem Willen der Bundesregierung jetzt auch noch mit **Photovoltaik- und Windindustrieanlagen verschandelt** werden soll. **Die Kehrtwende der zerstörerischen Migrationspolitik, das sofortige Ende der desaströsen sogenannten Energiewende und der Stopp der Deindustrialisierung sind zu priorisieren.**

Es gibt viel zu tun. Machen Sie gern mit!

Für Ihre Anliegen habe ich immer ein offenes Ohr. Nutzen Sie die Möglichkeit mich und meine Mitarbeiter in meinen Wahlkreisbüros und auf den zahlreichen Veranstaltungen zu treffen und anzusprechen!

Ihre Carolin Bachmann, MdB
Für unser schönes Mittelsachsen in Berlin

Persönliches

- 1988 in Freiberg geboren
- aufgewachsen im wunderschönen Erzgebirge (Mulda und Dorfchemnitz)
- Mutter eines Kindes

Akademischer Werdegang



Beruflicher Werdegang



Meine Arbeit in Zahlen

2

**Erschließungs-
anträge**

22

**Schriftführer-
Einsätze**

**18 Reden
im Deutschen
Bundestag**

**28 Kleine
Anfragen
an die
Bundesregierung**

9

Anträge

108

**namentliche
Abstimmungen**

76

**Einzel-Fragen
an die
Bundesregierung**

**55
Recherche Aufträge
an den
Wissenschaftlichen Dienst
des Deutschen Bundestages**

Interventionen

**Öffentliche
Anhörungen**

Presserunden

Bleiben Sie stets informiert und folgen Sie mir auf meinen Kanälen!



CarolinBachmann.de



AKTUELLE PRESSEMITTEILUNGEN

Meine Presseantwort an den Verleser des Artikels, Herrn Niemann!

Presseantwort an Herrn Niemann – Freie Presse

10. Februar 2024

Umgehungsstraße Freiburg (B101) nach jahrzehntelangem Stillstand muss es nun endlich losgehen!

Umgehungsstraße Freiburg – Pressemitteilung zur Info-Veranstaltung

9. Februar 2024

Illegale Einwanderung über die sächsische Außengrenze um 71,9 Prozent angestiegen

25.736
Personen
2023

14.370
Personen
2022

Illegale Einwanderung über die sächsische Außengrenze um 71,9 Prozent angestiegen

25. Januar 2024

Gesetze der Bundesregierung belasten Kommunen mit weiteren 2,3 Milliarden Euro Mehrausgaben

Bundesregierung belastet Kommunen mit weiteren 2,3 Milliarden Euro Mehrausgaben

25. Januar 2024



Freie Menschen. Sichere Heimat. Starke Zukunft.

Carolin Bachmann

Zu meinem letzten Rundbrief:



Zu meinen Reden im Deutschen Bundestag:



Meine Anfragen zu Ihren Anliegen:



VERPASSEN SIE DEN NÄCHSTEN RUND BRIEF NICHT!

E-Mail-Adresse *

Jetzt abonnieren



@carolin_bachmann_mdb



@CarolinBachmannAfD



carolinbachmannmdb

Wahlkreisabgeordnete für Mittelsachsen

TikTok Studio

37 Folge ich **28.301** Follower*innen **235.498** Likes

| | | |
|--|-------------------------|--|
| "Vaterlandsliebe falle ich stets zum ▶ 170.555 | ▶ 219.492 Bundestag | ▶ 1107 |
| Wieder ein bestialischer Messerangriff durch einen Afrikaner ▶ 2419 | ▶ 1290 | 1 BILLION EURO KOSTEN! DIE NEGATIVEN AUSWIRKUNGEN DER KIMAPOLITIK ▶ 1186 |

Carolin Bachmann
@CarolinBachmannAfD · 11.000 Abonnenten · 88 Videos
Ein herzliches Willkommen auf dem YouTube-Kanal von Carolin Bachmann, ich bin von da... >
carolinbachmann.de und 4 weitere Links

Übersicht Videos Shorts Community

Für mich

| | | | |
|---|---|--|---|
| Migration an Sachsen Außengrenzen ▶ 277 Aufrufe · vor 2 Wochen | AMPEL macht Ausnahme zur Regel und verwirrt unsere Natur Kritik an Ausweitung und dem Missbrauch Wechselregeln Carolin Bachmann ▶ 259 Aufrufe · vor 11 Monaten | Leinhardt, Seethus, Bürger alle gemeinsam für ein starkes, freies Deutschland: Baumgarten ▶ 274 Aufrufe · vor 1 Monat | SKURRIL: REGIERUNG REGNET AN BÜRGER VORBEI ▶ 322 Aufrufe · vor 6 Monaten |
|---|---|--|---|

Shorts

| | | | | | |
|--|--|--|--|---|--|
| | | Grenzen für ihre Heimat! ▶ 1.100 Aufrufe · vor 11 Monaten | | AMPEL BUNDESTAG ▶ 1.100 Aufrufe · vor 11 Monaten | |
|--|--|--|--|---|--|



@CarolinBachmannAfD



Neuwahlen JETZT!

DIE AMPEL MUSS WEG!

Carolin Bachmann
Mittelsachsen im Bundestag

Carolin Bachmann, MdB
3.499 „Gefällt mir“-Angaben • 11.628 Follower

Beiträge Info Mentions Reels Fotos Videos Mehr



t.me/CarolinBachmann



@carolin.bachmann



Wahlkreisbüro Mittweida
Carolin Bachmann, MdB
Rochlitzer Str. 73
09648 Mittweida
carolin.bachmann.wk@bundestag.de



Wahlkreisbüro Freiberg
Carolin Bachmann, MdB
Burgstraße 25
09599 Freiberg
carolin.bachmann.wk@bundestag.de





Jetzt AfD-Mitglied werden!



Deinen Mitgliedsantrag gibt
es hier zum downloaden!



Herausgegeben von



Carolin Bachmann
Für Mittelsachsen im Bundestag

[CarolinBachmann.de](https://www.CarolinBachmann.de)